

NOTIERT IN BERLIN

Fluch und Segen von Lobbyarbeit

VON ANGELA WEFERS

Verbände und ihre Spitzenrepräsentanten sind für die Wirtschaft wichtig, um mit ihren Anliegen in der Politik Gehör zu finden. Gute Fach- und Branchenkenntnisse gelten als selbstverständlich. Unternehmerische Erfahrung, authentisches Auftreten sowie Fähigkeiten als Netzwerker: Dies schätzen Journalisten an Verbandsrepräsentanten, hat unlängst die Wirtschaftsforschungsgesellschaft Dr. Doebelin in einer Umfrage unter Wirtschaftsjournalisten ermittelt. Die Presse ist für die Verbände – neben dem direkten Zugang zu Regierung und Parlament – ein zusätzlicher Weg, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Dies gilt besonders, wenn die direkte und diskrete Lobbyarbeit nicht fruchtet. Dann hilft häufiger nur noch der Druck der öffentlichen Meinung.

Die Medienvertreter verpassten in der Umfrage Verdi-Chef Frank Bsirske und dem Präsidenten des Verbandes der Automobilindustrie VDA, Matthias Wissmann, Spitzenplätze gemessen an der Reputation. Bsirske bescheinigten sie eine klare Position, Durchsetzungskraft, Macht und gute Vernetzung. Wissmann gilt als zugänglich und verlässlich im Umgang des Gebens und Nehmens. Hohes Ansehen genießen auch der Präsident des Industrieverbands BDI, Ulrich Grillo, Bankenverbandspräsident Jürgen Fitschen und Reiner Holznapel vom Bund der Steuerzahler. Grillo gilt als souverän, glaubhaft und offensiv. Fitschen wird hoher Sachverstand bescheinigt, den Verband „erfolgreich in Euro-Krisenzeiten“ zu führen.

*

So sehr Lobbyarbeit dazu dienen kann, Wissen aus der wirtschaftlichen Praxis gebündelt in die Politik zu tragen, so sehr haftet ihr für manche in der Berliner Politik das Warnschild der Manipulationsgefahr an. Dies hat in der Vergangenheit zu diversen parlamentarischen Anfragen der Fraktion Die Linke geführt: Wann, wie oft und mit wem überhaupt haben sich Vertreter der Bundesregierung etwa mit der gefährlichen Spezies von Investmentbankern getroffen oder Beziehungen zur Automobil-, Luftfahrt- und Bauindustrie und Energiewirtschaft gepflegt. Auch die Kontakte zur Rüstungsindustrie hat die Linke abgefragt. Nun macht sie sich – ganz im Sinne, dass Vorbeugen besser als Heilen ist – für die Einführung eines sanktionsbewehrten „verpflichtenden Lobbyregisters“ stark. Alle, die Kontakte mit Regierung oder Gesetzgeber „vorbereiten, anbahnen, durchführen oder nachbereiten“, müssen sich nach dem Willen der Linken dort eintragen. Das Register soll öffentlich und kostenfrei zugänglich sein. Auch die Aufwendung für die Lobbyarbeit, das Thema und die Nutznießer sollen genannt werden. Nur kleine Ausnahmen sind unterhalb bestimmter Zeit- und Schwellenwerte vorgesehen, damit sich Betroffene ohne Verwaltungsaufwand jederzeit politisch zu Wort melden können. Mehr als 2 200 Verbände sind heute schon freiwillig beim Bundestag registriert. Käme die Linke mit dem Vorschlag – unwahrscheinlicherweise – durch, bliebe vor lauter Bürokratie ohnehin keine Zeit mehr für Lobbyarbeit.

(Börsen-Zeitung, 31.1.2015)